

## **Niederschrift**

### über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 25.04.2012

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:00 Uhr - 19:04 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

### Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	48	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

### Anwesenheit

#### **Entschuldigt**

Frau Dr. Heidi Becherer	SPD-Fraktion	Urlaub
Herr Dr. Peter Neubert	Fraktion DIE LINKE	Urlaub
Frau Christine Pastor	Fraktion DIE LINKE	Urlaub
Herr Kai Rösler	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Urlaub
Frau Ines Saborowski-Richter	CDU-Ratsfraktion	dienstlich
Herr Heiko Schinkitz	Fraktion DIE LINKE	krank
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	dienstlich
Herr Dr. Volkmar Schubert	CDU-Ratsfraktion	privat

#### **Verspätetes Erscheinen**

Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	15:05 Uhr; TOP 3; dienstlich
Herr Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:05 Uhr; TOP 4; dienstlich
Frau Verona Schinkitz	Fraktion DIE LINKE	15:10 Uhr; TOP 6; dienstlich
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	15:12 Uhr; TOP 6; dienstlich
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:05 Uhr; TOP 4; dienstlich

#### **Frühzeitiges Verlassen**

Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	17:13 Uhr; TOP 7.6; dienstlich
Herr Benjamin Jahn	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	16:17 Uhr; TOP 7.5; dienstlich
Herr Jürgen Konrad	Fraktion FDP	17:28 Uhr; TOP 7.7; Anschlusstermin
Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	18:33 Uhr; TOP 9.1; privat

Herr Bernd Reinshagen	Fraktion FDP	18:36 Uhr; TOP 9.1; Anschlussstermin
Herr Jan Schulze	Fraktion DIE LINKE	18:40 Uhr; TOP 9.2; persönlich
Herr Gordon Tillmann	Fraktion FDP	17:40 Uhr; TOP 7.9; geschäftlich
Frau Petra Zais	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	19:00 Uhr; TOP 9.3; privat
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	18:20 Uhr; TOP 9.1; privat

#### **beratend Teilnehmende**

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Herr Andreas Stopcke	Ortsvorsteher Klaffenbach

*Frau Bürgermeisterin Wesseler ist für die heutige Sitzung entschuldigt.*

#### **Bedienstete der Stadtverwaltung**

Herr Börries Butenop	Amtsleiter Amt 61
Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Herr Bernd Gregorzyk	Amtsleiter Amt 66
Herr Thomas Haase	Sachbearbeiter Abt. 15.4
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Iris Mäding	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Jürgen Müller	amt. Amtsleiter Amt 40
Frau Marion Neubert	amt. Abteilungsleiterin Abt. 40.2
Frau Ines Vorsatz	Koordinatorin LAP

#### **Gast**

Frau Schwermer	Schulleiterin Pablo-Neruda-Grundschule
----------------	--

#### **Fraktionsangestellte**

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

#### **Schriftführerin**

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sie bittet die Stadtratsmitglieder sich per Abstimmanlage anzumelden, um die tatsächliche Anwesenheit erfassen zu können, welche auch entsprechend in die Niederschrift aufgenommen wird.

---

2 Feststellung der Tagesordnung

---

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** setzt die Beschlussvorlage B-067/2012 (TOP 7.8) von der Tagesordnung ab.

Die Tagesordnung ist mit dieser Änderung festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 21.03.2012

---

Es liegen keine Einwendungen vor. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

4 Bekanntgabe eines Beschlusses aus der Sitzung des Stadtrates - nichtöffentlich - vom 21.03.2012

---

Mit Beschluss B-056/2012 wählte der Stadtrat Herrn Hoffmann als Amtsleiter des Amtes für Informationsverarbeitung zum frühestmöglichen Termin.

5 Informationen der Oberbürgermeisterin

---

Haushaltgenehmigung

Ende Februar ist der Haushalt von der Kämmerei bei der Landesdirektion zur Genehmigung eingereicht worden. Die mittelfristige Finanzplanung weist im Jahre 2014 ein Defizit von 13,7 Mio. € und im Jahre 2015 ein Defizit von 10,7 € aus. Da die dauerhafte finanzielle Leistungsfähigkeit gegenwärtig nicht nachgewiesen werden kann, erfolgt gegenwärtig keine umfassende Haushaltsgenehmigung. Diese ist jedoch Voraussetzung, um die Genehmigung für die Kreditermächtigung und die Verpflichtungsermächtigung für die Folgejahre zu erhalten. Es gehe darum nachzuweisen, dass die Liquiditätsreserve ausreicht, um im Jahre 2014 nicht in die Lage zu kommen, Kassenkredite aufzunehmen. Auch deshalb hat der Kämmerer nach der Kommunalen Haushaltsverordnung Doppik am 03.04.2012 eine Haushaltssperre erlassen und unmittelbar darüber informiert. Die schwierige Aufgabe, weitere Sparvorschläge zu erarbeiten und zur Beschlussfassung vorzulegen, ist inzwischen verwaltungsintern fast abgeschlossen. Am 16.05.2012 wird die entsprechende Beschlussvorlage ausgereicht. Eine Beratung in allen Fachausschüssen ist bis zur Stadtratssitzung am 20.06.2012 vorgesehen. Außerdem ist geplant, die Fraktionsvorsitzenden vor Ausreichung der Vorlage vorab zu einem Gespräch mit der Verwaltungsspitze einzuladen. Bis zum Ausgleich des Defizits durch Stadtratsbeschluss und damit der Genehmigungsfähigkeit des Gesamthaushaltes befindet sich die Stadt weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung. Das bedeutet u. a. keine Neubeginne bei Maßnahmen als Investitionen, wie bei der Kindertagesstätte Ludwig-Richter-Straße, der Musikschule und der Brücke Markersdorfer Straße.

Die Oberbürgermeisterin nennt die Maßnahmen, die mit der Haushaltsgenehmigung 2011 und den Verpflichtungsermächtigungen trotzdem realisiert werden können.

6 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

---

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt zum Haushalt 2012, dass dieser nach intensiven Beratungen und Änderungsanträgen die Handschrift des Stadtrates bekam. Die Notwendigkeit des Erlasses einer haushaltswirtschaftlichen Sperre zum jetzigen Zeitpunkt sei aus Sicht seiner Fraktion zu bezweifeln. Das ergäbe sich schon daraus, dass in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung grundsätzlich kein Bedarf für eine Haushaltssperre bestehe, da die Regelungen zur vorläufigen Haushaltsführung bereits den Zweck, der mit einer solchen Sperre verbunden ist, erfüllen. Der Haushalt wurde vom Stadtrat beschlossen. Und die Fraktion DIE LINKE erwarte, dass gravierende Entscheidungen in diesem sensiblen Bereich auch mit den Stadträten beraten, beschlossen und erst dann in den Medien verkündet werden. Die Begründung einer Eilbedürftigkeit war auch nicht gegeben, da die möglichen Ergebnisse der Tarifrunden für den öffentlichen Dienst absehbar waren. Die Frage sei, ob man die Haushaltssanierer in Dresden zu Lasten von Vereinen, Verbänden und der sozial Schwachen unterstützen wolle. Das wolle und könne seine Fraktion so nicht mittragen; da in Dresden genug Geld liege. Die der Kommune zustehenden Gelder halte man krampfhaft und unsinnigerweise im Vorsorgefonds fest. Es wäre genug Geld um die Mittel bereitzustellen, die die Mitarbeiter der Verwaltung mit dem Tarifabschluss erhalten. Im Übrigen stelle der Tarifabschluss gerade mal den Inflationsausgleich her. Von Reallohnzuwächsen könne nicht gesprochen werden.

Er fragt, warum die Verwaltung nicht gemeinsam mit dem Stadtrat eine erneute fraktionsübergreifende öffentliche Initiative gemeinsam mit dem Städtetag, den Landtags- und Bundestagsabgeordneten der Stadt Chemnitz und andere für eine angemessene Finanzausstattung der Kommune anstrebe. Seine Fraktion erwarte von der Verwaltung Vorschläge, wie Ausgaben sinnvoll reduziert und die Einnahmesituation angemessen erhöht werden könne.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass man über Sinn oder Unsinn mancher Gesetze verschiedener Meinung sein und auch öffentlich darüber streiten könne. Was aber nicht gehe, sei, dass die zur Durchsetzung von Gesetzen berufene Stelle, diese nach eigenem Gutdünken mal anwende und mal nicht, denn das sei dann Willkür. Es gäbe in Sachsen das Sonn- und Feiertagsgesetz, welches für bestimmte Feiertage vorschreibe, dass Veranstaltungen nicht gestattet seien, die dem Inhalt des Feiertages zuwiderlaufen. Nicht zufällig, sondern ganz bewusst und geplant wurde in Chemnitz ein öffentlich sehr gut wahrgenommener Verstoß gegen dieses Gesetz begangen. Er meint, dass es Ziel derjenigen Aktivisten war, das Gesetz nicht einzuhalten. Es sei ein fatales Signal an die Menschen, wenn sich die Verwaltungsspitze hinstelle und öffentlich erkläre, dass es kein Interesse gäbe, diesen Rechtsbruch zu ahnden. Er hoffe, dass dies der erste und letzte Gesetzesverstoß der Verwaltungsspitze in dieser Richtung gewesen sei.

**Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion)** erklärt, dass auch seiner Fraktion die Haushaltssperre nicht gefalle und die missliche Situation, in der sich die Stadt durch die Entwicklung befinde alles andere als schön sei. Zum Teil werde die Einschätzung, wo das Geld liege und wer sich auf welche Kosten saniert unterstützt. Dennoch ziehe seine Fraktion einen anderen Schluss daraus. Man könne sich eben nicht zurückziehen und abwarten und den Haushalt nicht beschließen. Der Beschluss zum Haushalt sei Grundvoraussetzung, dass die Stadt den Haushalt überhaupt genehmigt bekommen könnte.

Er erinnert, dass die überwiegende Mehrheit der Fraktion DIE LINKE durch einen nicht beschlossenen Haushalt eine dauerhafte vorläufige Haushaltsführung in Kauf genommen hätte.

Zur Durchführung des Konzerts am Karfreitag erklärt er, dass es für Entscheidungen solcher Art ein Ermessen und auch Konsequenzen für bestimmte Sachen gäbe. Er würde sich an dieser Stelle ein bisschen weniger Aufgeregtheit für eine Großstadt wünschen.

---

## 7 Beschlussvorlagen

---

### 7.1 4. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates Vorlage: B-050/2012 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie jeweils ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE ausgereicht.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** informiert, dass beide Änderungsanträge durch die Einreicher zurückgezogen wurden.

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

#### **Beschluss B-050/2012**

Der Stadtrat beschließt die 4. Änderung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Stadt Chemnitz gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage einschließlich der Änderung der Verwaltung.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(48 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
4 Stimmenthaltungen)**

### 7.2 Modellprojekt Bürgerhaushalt in Chemnitz Bildung einer Lenkungsgruppe Vorlage: B-076/2012 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Zur Beschlussvorlage wurde die Stellungnahme des AGENDA-Beirates elektronisch zur Verfügung gestellt.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass positiv an der Vorlage sei, dass sie über eine reine Bürgerinformation hinausgehe und die Chance biete, die Einwohner auf einen Weg mitzunehmen, der in den nächsten Jahren durch Konsolidierung gekennzeichnet sein werde. Mängel sehe er sowohl im Beschluss als auch in der Umsetzung des Projektes. Der AGENDA-Beirat befürworte jedoch die Beschlussvorlage und auch er werde dafür stimmen.

Er erklärt aus der Stellungnahme des AGENDA-Beirates, dass die Politiklastigkeit der Lenkungsgruppe kritikwürdig sei. Es war sicher praktikabel auf sachkundige Einwohner zurückzugreifen. Da aber nur zwei Personen vorgeschlagen wurden, wäre ggf. die Wahl unter den 120 Bewerbern für die Mitarbeit als sachkundige Einwohner in den Ausschüssen auszuwählen besser gewesen. Optimal wäre allerdings eine Neuausschreibung der Stellen gewesen, zumal die Zeit dies zugelassen hätte.

Im Bürgerhaushalt müsse dargestellt werden, was mit diesem erreicht werden könne. Die Themen sollten von der Bürgerschaft selbst bestimmt und nicht von der Verwaltung vorgegeben werden. Es sei auch wichtig, dass ein sicher nicht zu verhindernder Lobbyismus eingedämmt werde. Es solle eine Diskussion angestrebt werden, was sich Chemnitz leisten wolle und könne. Dafür sei eine unabhängige Moderation erforderlich, wofür eine geplante Teilnahme der TU Chemnitz an der Lenkungsgruppe eine gute Chance biete. Trotz der Haushaltslage sollte eine frühzeitige Diskussion zur Budgetierung geführt werden. Dabei sollte der Fokus auf die Beachtung von gewachsenen Strukturen gelegt werden und nicht auf die Einführung neuer organisatorischer Hürden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass zunächst die Wahl der zwei sachkundigen Einwohner erfolgen werde. Über das Verfahren für die Besetzung der übrigen Stellen könne sich im Nachhinein sicher noch verständigt werden.

Abstimmung über Punkt 1 des Beschlussvorschlages – Bildung einer Lenkungsgruppe

**Abstimmungsergebnis:      mehrheitlich bestätigt  
  (47 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen)**

Wahl von vier Stadtratsmitgliedern in die Lenkungsgruppe entsprechend Punkt 2 des Beschlussvorschlages

Da es Widerspruch zur Einigung gibt, findet Verhältniswahl nach § 42 Abs. 2 SächsgemO statt.

Es stehen vier Plätze zur Verfügung.

Für die Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates liegen folgende Wahlvorschläge vor:

**Wahlvorschlag 1:    CDU-Ratsfraktion**

Christian Kempe

**Wahlvorschlag 2:    Fraktion DIE LINKE**

Dr. Peter Neubert

**Wahlvorschlag 3:    SPD-Fraktion**

Dr. Christoph Gericke

**Wahlvorschlag 4:    Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Petra Zais

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel und Herr Brete sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Brete als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**- Wahlhandlung -**

*Während der Auszählung der Wahlergebnisse zu den Wahlen der heutigen Sitzung durch die Wahlkommission wird in der Tagesordnung fortgefahren. Zu dieser Verfahrensweise gibt es keinen Widerspruch.*

*Die Wahlergebnisse zu den jeweiligen Beschlussvorlagen werden aufgrund der besseren Lesbarkeit und Verständlichkeit am Ende des entsprechenden Tagesordnungspunktes aufgeführt, auch wenn sie erst zu einem späteren Tagesordnungspunkt durch die Oberbürgermeisterin bekannt gegeben wurden.*

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte: 52  
abgegebene Stimmen: 52

davon  
gültige Stimmen: 49  
ungültige Stimmen: 3

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1 (CDU-Ratsfraktion)	18 Stimmen
Wahlvorschlag 2 (Fraktion DIE LINKE):	11 Stimmen
Wahlvorschlag 3 (SPD-Fraktion):	14 Stimmen
Wahlvorschlag 4 (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):	6 Stimmen

Somit wurden gewählt:

Christian Kempe  
Dr. Peter Neubert  
Dr. Christoph Gericke  
Petra Zais

Wahl von sachkundigen Einwohnern in die Lenkungsgruppe entsprechend Punkt 3 des Beschlussvorschlages

Es stehen vier Plätze zur Verfügung, es liegen jedoch nur zwei Wahlvorschläge vor. Da es keinen Widerspruch gibt, findet die Wahl offen statt.

Wahl von Dr. Gerd Bochmann

**Wahlergebnis:** **mehrheitlich gewählt**  
**(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,**  
**2 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Jürgen Renz

**Wahlergebnis:** **mehrheitlich gewählt**  
**(48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-076/2012**

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung einer Lenkungsgruppe zur Durchführung des Modellprojektes Bürgerhaushalt in Chemnitz.

2. Der Stadtrat wählt folgende vier Stadtratsmitglieder in die Lenkungsgruppe:

Herrn Christian Kempe  
Herrn Dr. Peter Neubert  
Herrn Dr. Christoph Gericke  
Frau Petra Zais

3. Der Stadtrat wählt auf Vorschlag der Fraktionen folgende zwei sachkundige Einwohner in die Lenkungsgruppe:

Herrn Dr. Gerd Bochmann  
Herrn Jürgen Renz

7.4 Richtlinie zur Regelung des Auswahlverfahrens für die Zulassung zum Chemnitzer Weihnachtsmarkt (Auswahlrichtlinie Chemnitzer Weihnachtsmarkt)

Vorlage: B-087/2012 Einreicher: Dezernat 3/Amt 32

---

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-087/2012**

Der Stadtrat beschließt die Richtlinie zur Regelung des Auswahlverfahrens für die Zulassung zum Chemnitzer Weihnachtsmarkt gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(50 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

7.5 Änderung des Schulnamens der Pablo-Neruda-Grundschule

Vorlage: B-060/2012 Einreicher: Dezernat 5/Amt 40

---

Zur Beschlussvorlage wurden eine Stellungnahme des Agenda-Beirates sowie zahlreiche Petitionen elektronisch zur Verfügung gestellt.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass sich in der Fraktionsvorsitzendenberatung auf die Möglichkeit einer Anhörung verständigt wurde. Sie informiert, dass die Schulleiterin Frau Schwermer anwesend ist.

Abstimmung über die Anhörung der Schulleiterin

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(49 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen,  
1 Stimmenthaltung)**

Somit erfolgt die Anhörung von Frau Schwermer.



**Frau Schwermer** erklärt, dass das Kollegium mit einer solchen Reaktion der Öffentlichkeit nicht gerechnet habe und dies auch nicht beabsichtigt war. Lehrerinnen und Eltern haben sich in einer Phase der Sanierung der Grundschule erneut mit dem Gedanken des Namens ihrer Grundschule auseinandergesetzt. Es gehe dabei um den Namen für eine Grundschule, die in einem traditionsreichen Stadtgebiet, dem Kaßberg liegt. Es ging bei den Überlegungen nicht um eine politische oder kulturelle Entscheidung und auch nicht darum die Bedeutung einer großen Persönlichkeit in Frage zu stellen. Es gehe um die Umbenennung einer Grundschule nach einem traditionsreichen Wohngebiet auf den Spuren von Historie und Neuem in Chemnitz.

Sie führt aus, dass es keinen Zusammenhang zwischen der Umbenennung einer Grundschule und der Qualität von Unterricht gäbe und die öffentlichen Kompetenzabstimmungen der Lehrerinnen bezüglich der Werteerziehung der Kinder als sehr unerfreulich empfunden werden.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** fragt, woraus Frau Schwermer die Überzeugung nehme, dass die Reaktionen, die in der Öffentlichkeit gemacht worden sind, unsachlicherer Natur waren. Auch möchte er wissen, wieso die Namensgebung einer Schule keine kulturelle Tat sei und wie die Schule bisher den Kaßberg als Lebensumfeld der Schüler vermittelt habe. Er möchte wissen, ob sich die Schule z. B. mit jüdischer Kultur oder auch mit der Lehrerin Marie Luise Pleißner oder Georg Landgraf beschäftigt habe.

**Frau Schwermer** antwortet, dass dies zum einen Lehrplanstoff des Sachkundeunterrichts sei und dass gemeinsam mit den Kindern über den Kaßberg gegangen wurde und fotografiert wurde um Schautafeln zu fertigen.

**Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** fragt, wie der Meinungsbildungsprozess schulintern stattgefunden habe.

**Frau Schwermer** führt aus, dass sich an der Schule schon seit einigen Jahren mit dem Gedanken der Umbenennung getragen werde. Mit der Sanierung der Grundschule wurde dieser Gedanke erneut aufgegriffen.

**Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** interessiert, inwieweit in den Klassen die Elternvertreter hinzugezogen wurden, ob das Thema auf der Tagesordnung der Schulkonferenz stand und auch andere Formalitäten eingehalten wurden.

**Frau Schwermer** erläutert, dass in der Schulkonferenz unter dem Tagesordnungspunkt „Schulprogrammarbeit“ diese Frage neu aufgegriffen wurde. Zur Schulkonferenz waren alle Elternvertreter aus allen Klassen anwesend.

**Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** fragt nach, ob aus der Einladung ersichtlich war, dass es an diesem Tag um die Umbenennung der Schule ging.

**Frau Schwärmer** sagt, dass dieser Punkt nicht konkret auf der Tagesordnung stand.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)**, wie viel von den von ihr genannten 21 Schulen in den letzten 10 Jahren nach diesem Verfahren umbenannt wurden, erklärt Frau Schwermer, dass sie dies nicht wisse.

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** fragt, ob die Schule die einzige Schule auf dem Kaßberg sei. Wenn dem nicht so sei, möchte sie wissen, wie man darauf komme für sich den Namen „Schule am Kaßberg“ zu beanspruchen?

**Frau Schwermer** sagt, dass ihre Schule den zentralsten Punkt auf dem Kaßberg habe und dies der Grund sei.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** möchte wissen, ob es aus Sicht von Frau Schwermer Argumente gäbe, die für die Beibehaltung des Namens Pablo Neruda sprechen.

**Frau Schwermer** sagt, dass es sicher ganz viele bedeutende Persönlichkeiten gäbe, dies aber nicht der Ansatz war.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** fragt, ob die Eltern untereinander eine Chance hatten, das Anliegen im Vorfeld ausreichend zu diskutieren.

**Frau Schwermer** führt aus, dass keine Elternbefragung durchgeführt wurde, der Gedanke der Umbenennung jedoch an der Schule bekannt war. In der Schulkonferenz wurden keine anders lautenden Meinungen vorgebracht.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)**, ob es eine Abstimmung über die Beantragung der Umbenennung gab, erklärt **Frau Schwermer**, dass es diese gab und das Ergebnis einstimmig war.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** fragt, ob in irgendeiner Weise mit Vertretern der Gebrüder-Grimm-Schule zur Umbenennung gesprochen wurde, da ja mit der Namensgebung „Grundschule Kaßberg“ ein Alleinvertretungsanspruch gestellt werde.

**Frau Schwermer** äußert, dass mit der Gebrüder-Grimm-Schule diesbezüglich nicht gesprochen wurde.

**Herr Stadtrat Ziems (Fraktion PRO CHEMNITZ)** fragt nach dem Stimmungsbild in der Schule, nachdem die Diskussion durch die Medien ging.

**Frau Schwermer** denkt, dass das Thema die Eltern interessiere. Sie meint aber, dass Dinge möglich sein müssen, ohne dass man bei jeder Gelegenheit mit wehenden Fahnen auftrete. Sie betont, dass die Schulkonferenz ein autorisiertes Gremium sei um Entscheidungen zu treffen.

Mit den Ausführungen von Frau Schwermer ist die Anhörung beendet.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** erklärt, dass er nicht verstehen könne, wie es zum Antrag auf Umbenennung kommen konnte und findet das Ansehen beschämend.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** meint, dass die Debatte über die Thematik sachlich verlief. Entsprechend des Leitbildes der Schule, andere Kulturen kennen zu lernen, wäre dies auch mit Pablo Neruda möglich gewesen. Stattdessen wurden jedoch nach Aussagen Angebote, die Person näher zu bringen, nicht wahrgenommen. Er finde es faszinierend, dass sich so viele Menschen, auch international, zu diesem Thema geäußert haben.



Namentlich Abstimmung

Frau Barthold	Nein
Herr Bauer	Nein
Herr Brückom	Nein
Frau Drechsler	Nein
Herr Fritzsche	Ja
Herr Dr. Füsslein	Nein
Herr Dr. Gericke	Nein
Herr Gintschel	Nein
Herr Haase	Ja
Frau Hochmuth	Nein
Herr Höfler	Enthaltung
Herr Höhnel	Enthaltung
Herr Hopperdietzel	Nein
Herr Horváth	Nein
Herr Kempe	Nein
Frau Kempe	Enthaltung
Herr Kohlmann	Ja
Herr Konrad	Nein
Frau Knorr	Nein
Frau Köhler	Ja
Herr Kraneis	Nein
Herr Dr. Langer	Nein
Herr Lehmann	Nein
Herr Leistner	Nein
Herr Lesch	Ja
Herr Lohse	Nein
Frau Ludwig	Nein
Herr Meyer	Enthaltung
Herr Möstl	Nein
Herr Müller	Nein
Herr Dr. Müller	Ja
Herr Otto	Nein
Frau Patt	Nein
Frau Pester	Nein
Herr Reinshagen	Nein
Frau Schaper	Nein
Herr Scherzberg	Nein
Frau Schinkitz	Nein
Herr Schmidt	Nein
Herr Dr. Schultz	Ja
Herr Schulze	Nein
Herr Siegel	Nein
Frau Dr. Szymenderski	Nein
Herr Tillmann	Ja
Herr Ulbrich	Enthaltung
Herr Walter	Enthaltung
Frau Weber	Nein
Herr Wirth	Nein

Herr Wolf	Nein
Herr Zais	Nein
Frau Zais	Nein
Herr Ziems	Ja

**Beschluss B-060/2012**

Der Stadtrat beschließt die Änderung des Schulnamens der Pablo-Neruda-Grundschule, Hoffmannstraße 35, in Grundschule Kaßberg.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(9 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen,  
6 Stimmenthaltungen)**

7.3 Berufung eines sachkundigen Einwohners/einer sachkundigen Einwohnerin in den Betriebsausschuss  
Vorlage: B-045/2012 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

---

Es steht ein Platz zur Verfügung. Es liegen folgende Bewerbungen vor:

Evelin Kapp  
Günter Meyer

Da mehr Bewerbungen vorliegen als Plätze zu besetzen sind, findet geheime Wahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Mäding von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Herrn Jenke als ihren Vorsitzenden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** wirft ein, dass der Balkon keine Raucherinsel sei und dass soviel Rücksicht genommen werden sollte, dass auch Nichtraucher diesen während Wahlgängen, Pausen, etc. betreten könnten.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** schlägt vor, dass der Balkon am Grünen Salon als Raucherbalkon genutzt werden könne.

**- Wahlhandlung -**

**Wahlergebnis**

anwesende Stimmberechtigte:	52
abgegebene Stimmen:	50

davon	
ausschlaggebende gültige Stimmen:	48
ungültige Stimmen:	1
Stimmenthaltungen:	1

Von den ausschlaggebenden gültigen Stimmen entfielen auf:

Evelin Kapp 33 Stimmen  
Günter Meyer 15 Stimmen

Frau Kapp hat die erforderliche Mehrheit erreicht und ist somit gewählt.

**Beschluss B-045/2012**

Der Stadtrat beruft widerruflich für die aktuelle Wahlperiode bis 2014 Frau Evelin Kapp als sachkundige Einwohnerin - zugleich beratendes Mitglied - in den Betriebsausschuss.

7.6 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Klinik Catering Chemnitz GmbH  
Vorlage: B-112/2012 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20

---

Abstimmung über den Beschlusspunkt 1 – Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(46 Ja-Stimmen)**

Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern entsprechend Punkt 2 des Beschlussvorschlages

Als Vertreter des Klinikums Chemnitz gGmbH werden

Herr Dr. Veikko Gottschalk  
Herr Matthias Bergmann  
Herr Thomas Hohlfeld und  
Herr Lars Kockisch

vorgeschlagen.

Da vier Plätze zu besetzen sind, nur vier Wahlvorschläge vorliegen und es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Bergmann

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(46 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Herrn Gottschalk

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(45 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Herrn Hohlfeld

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(46 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Wahl von Herrn Kockisch

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt  
(46 Ja-Stimmen, 3 Stimmenthaltungen)**

Wahl des weiteren Aufsichtsratsmitgliedes aus der Mitte des Stadtrates entsprechend Punkt 2 des Beschlussvorschlages

Zur Wahl vorgeschlagen wird

Herr Jürgen Leistner.

Da nur ein Platz zu besetzen ist erfolgt die Wahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO. Da nur ein Wahlvorschlag vorliegt und es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Wahl von Herrn Leistner

**Wahlergebnis:           mehrheitlich gewählt  
                                  (48 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
                                  1 Stimmenthaltung)**

**Beschluss B-112/2012**

1.     Der Stadtrat beschließt:

die bisherigen vom Stadtrat gewählten und widerruflich bestellten Aufsichtsratsmitglieder der Klinik Catering Chemnitz GmbH, Herrn Dr. Veikko Gottschalk und Herrn Jürgen Leistner (CDU-Ratsfraktion), als Aufsichtsratsmitglieder der Klinik Catering Chemnitz GmbH abuberufen.

2.     Der Stadtrat wählt und bestellt die u. g. Personen in den Aufsichtsrat der Klinik Catering Chemnitz GmbH:

Herrn Dr. Veikko Gottschalk  
Herrn Matthias Bergmann  
Herrn Thomas Hohlfeld  
Herrn Lars Kockisch  
Herrn Jürgen Leistner

7.7    Städtebauliche Planungsstudie zur Entwicklung des Gebietes "Brühl-Boulevard" von AS&P;  
Fördergebietskonzept Brühl-Boulevard (Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept);  
Ersatz des städtischen Eigenanteils bei der Förderung privater Einzelmaßnahmen  
Vorlage: B-091/2012                    Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

---

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Fraktion FDP ausgereicht.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** äußert, dass vor allem die Punkte 2 bis 6 der Beschlussvorlage wichtig seien, die die Grundlage einer aktiven Förderung bilden. Es gäbe nicht wenige Projekte die im Wettstreit um die sicher begrenzten Fördermittel stehen. Für Chemnitz könne vorteilhaft sein, dass bereits das Projekt „Kooperation im Quartier“ existiere. Mit der im Punkt 1 des Beschlussvorschlages zu beschließenden Städtebaulichen Studie handle es sich entsprechend der Diskussion im Ausschuss, um einen Rahmenplan, welcher Veränderungen zulasse. Für die Fraktion DIE LINKE sei insbesondere die verkehrliche Lösung kritikwürdig.

So könne nach Auffassung der Fraktion statt Stellplätzen auf dem Kietzboulevard zumindest in einigen Karrees das autofreie Wohnen interessant sein. Zum Stadtumbau erklärt er, dass die Studie im Zusammenhang mit der Stadt gesehen werden müsse. Nach seiner Abschätzung werde auf dem Brühl mehr Wohnraum entstehen als jetzt schon vorhanden sei. So werde der Einfluss der demografischen Entwicklung ausgeblendet. Eine Wohnungsvermietung am Brühl erzeuge jedoch Leerstand in anderen Stadtteilen. Er merkt an, dass es überraschend sei, dass die Meinung des Kuratoriums Stadtgestaltung zur Studie nicht gefragt sei.

Die Fraktion DIE LINKE werde der Beschlussvorlage dennoch mehrheitlich zustimmen, um Fördermöglichkeiten frei zu machen. Die Verwaltung werde aufgefordert, das Konzept für den Brühl-Boulevard weiter zu entwickeln und die „Speer-Studie“ nicht als einzige Möglichkeit zu betrachten.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** erklärt, dass er der Beschlussvorlage zustimmen werde. Der Änderungsantrag der Fraktion FDP sei lediglich ein Antrag des Antrags wegen, da die Einbeziehung von Eigenbetrieben und Beteiligungen reines Verwaltungshandeln sei und bereits erfolge. Aus diesem Grund werde er diesem Änderungsantrag nicht zustimmen.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** führt aus, dass die Fraktion FDP die vorgelegte Studie für ein gehaltvolles Fundament für die Revitalisierung des Brühls halte. Er sehe die Vermietung des Brühls als nicht problematisch und glaubt, dass der Brühl mit der vorliegenden Konzeption gelingen werde.

**Herr Stadtrat Dr. Gericke (SPD-Fraktion)** stellt in Bezug auf die Wärmeversorgung fest, dass der Brühl als Vorranggebiet für Fernwärme beschlossen werden solle und fragt, ob dies im Zusammenhang mit der Umsetzung der Studie geplant und praktikabel sei.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** erklärt, dass die Entwicklung des Brühls schwer sei. Er erläutert anhand des Berliner Stadtgebietes Prenzlauer Berg wie die Belegung eines heruntergekommenen Viertels anders als in Chemnitz erfolgen und zum Erfolg führen könne. Er meint, dass der Brühl vermietet wäre, wenn dies nicht seitens der Vermieter verhindert worden wäre, indem Interessenten stattdessen in sanierten Wohnraum gelenkt werden. Es sollte dem Markt überlassen werden, dass der Brühl wieder ein attraktiver Standort werde.

**Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion)** stellt richtig, dass die GGGmbH nicht mit anderen Wohnungsunternehmen zu vergleichen sei, da sie auch im Auftrag der Stadt viele Aufgaben erledige, die mit dem Kerngeschäft, der Wohnungsverwaltung, nicht im Zusammenhang stehen. Derzeit saniere sie zwei große Objekte am Brühl und sei auch bereit Objekte am Brühl zu verkaufen. Er informiert darüber, dass die GGGmbH Wohnungen für Studenten anbiete. Abschließend möchte er wissen, wer der Brühlmanager sei und ab wann das Brühlmanagement installiert werde.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sichert die schriftliche Beantwortung der Frage des Herrn Dr. Gericke zu.

Zum Brühlmanagement informiert sie, dass dieses seit Januar dieses Jahres bestehe und Herr Dr. Luczak Projekte zwischen den Akteuren koordiniere. Sie betont, dass ein Plan für die Entwicklung des Brühls auch benötigt werde, um Investoren Sicherheiten zu geben.



Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktion FDP

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(31 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,  
5 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-091/2012**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die „Städtebauliche Planungsstudie zur Entwicklung des Gebietes Brühl - Boulevard in Chemnitz“ von Albert Speer & Partner GmbH als Rahmenplan und Grundlage
  - a) für das abgestimmte Verwaltungshandeln
  - b) für das abgestimmte Handeln mit den städtischen Eigenbetrieben und Beteiligungen
  - c) für das Fördergebietskonzept.
2. Das „Fördergebietskonzept Brühl-Boulevard“ als Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 171 b Abs. 2 BauGB (Grobkonzept) als Grundlage für die Förderung im Programm „Aktive Stadt- und Ortsteilzentren“ – SOP.
3. Die nach Städtebauförderrichtlinie erforderlichen städtischen Eigenmittel zur Zuwendung aus SOP sollen teilweise durch Eigenmittel der Eigentümer (Maßnahmeträger) bis auf einen verbleibenden Mindestanteil der Stadt von 10% des Zuwendungsbetrages ersetzt werden. Die Möglichkeit des Ersatzes besteht zunächst grundsätzlich für alle Maßnahmen Dritter gemäß Anlage „Maßnahmeübersicht“.
4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die Erklärung gemäß VwV-StBauE an die Bewilligungsstelle SAB abzugeben, dass die Maßnahme „Brühl-Boulevard“ von besonderem städtebaulichen Interesse ist und die Maßnahme ohne die Übernahme des Eigenanteils durch die Eigentümer sonst unterbleiben müsste.
5. Aus der Darstellung der Einzelmaßnahmen in Anlage „Maßnahmeübersicht“ entsteht kein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung. Die Gewährung der Zuwendung an Dritte steht unter dem Vorbehalt der Zuwendungsfähigkeit der jeweiligen Einzelmaßnahme nach den geltenden Förderrichtlinien, dem Vorbehalt der jährlichen Bereitstellung der Eigenmittel der Stadt in einem genehmigten Haushaltplan und zur mittelfristigen Finanzplanung sowie dem Vorbehalt der Bewilligung der Finanzhilfeanteile zur Förderung durch die Bewilligungsstelle SAB an die Stadt und der Zustimmung der SAB zum Ersatz der Eigenanteile.
6. Die Zuwendung und der Ersatz werden in einem städtebaulichen Vertrag vereinbart, zu dessen Abschluss die Verwaltung beauftragt ist. Die Vorbehalte gemäß Punkt 5 sind darin zu regeln.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,  
2 Stimmenthaltungen)**

- 7.8 Verkauf einer Teilfläche des Flurstückes 292/12 der Gemarkung Stelzendorf im Gewerbegebiet "An der Jagdschänkenstraße"- Süd - West - Quadrant  
Vorlage: B-067/2012 Einreicher: Dezernat 6/ Amt 66
- 

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 von der Tagesordnung abgesetzt.

- 7.9 Stellungnahme der Stadt Chemnitz zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2012  
Vorlage: B-065/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Zur Beschlussvorlage wurde eine Änderung der Verwaltung sowie ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ausgereicht.

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** begründet den Änderungsantrag und beantragt Einzelabstimmung über die fünf Punkte des Antrages.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** erklärt, dass die Verwaltung zu den Punkten 3 und 4 des Änderungsantrages eine andere Auffassung vertrete und legt diese dar. Es werde schnellstmöglich eine schnelle Verkehrsverbindung mit Fernverkehrscharakter nach Leipzig benötigt. Hierzu gäbe es zwei Trassenmöglichkeiten, welche beide Vor- und Nachteile hätten. Aus Sicht der Verwaltung seien jedoch beide Varianten noch nicht so ausreichend untersucht, dass man eine Entscheidung treffen könne. Somit sei die Herausnahme des entsprechenden Passus in der Stellungnahme zum jetzigen Zeitpunkt nicht zielführend. In der Stellungnahme wurde bewusst dargestellt, dass die Stadt als Priorität die Sicherung der Sachsen-Magistrale sehe. Die Verwaltung sehe daher diese Punkte des Änderungsantrages als nicht zu befürworten.

**Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** betont, dass die Streckenführung nicht neu thematisiert werden solle, auch weil die derzeitigen Reisewege nach Berlin sehr attraktiv seien und gut angenommen werden. Er bittet um Ablehnung der Punkte 3 und 4 des Änderungsantrages.

**Herr Stadtrat Lesch (Fraktion FDP)** macht Ausführungen zur Strecke Chemnitz-Leipzig und erklärt, dass auf diese Strecke keine weiteren Züge eingesetzt werden können. Er sagt, dass der Ausbau der Magistrale zwischen Chemnitz und Leipzig priorisiert werde und er sei der festen Überzeugung, dass diese gebaut werde. Für die Deutsche Bahn sei die Streckenausnutzung die entscheidende Frage.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass erstmalig die Chance einer Fernbahnanbindung für Chemnitz bestehe und wichtig sei, dass dies nicht zerredet werde.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** erklärt, dass mit der Stellungnahme der Stadt die Perspektiven für das Oberzentrum Chemnitz im Landesentwicklungsplan positiv gestaltet seien. Er schlägt vor, dass das Thema Konvent mit den Landkreisen aufgegriffen werden solle.

Abstimmung über Punkt 1 des Änderungsantrages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(42 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 2 des Änderungsantrages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(44 Ja-Stimmen, 4 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 3 des Änderungsantrages

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(16 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen,  
7 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 4 des Änderungsantrages

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(12 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,  
10 Stimmenthaltungen)**

Abstimmung über Punkt 5 des Änderungsantrages

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(40 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
6 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss B-065/2012**

Der Stadtrat beschließt die Stellungnahme der Stadt Chemnitz zum Entwurf des Landesentwicklungsplanes 2012 gemäß § 10 Abs. 1 ROG in Verbindung mit § 6 Abs. 2 Satz 1 SächsLPIG (Anlage 3 der Beschlussvorlage).

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(44 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 7.10 Satzungsbeschluss über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 12/02 "Wartburgstraße - Technische Universität"  
Vorlage: B-105/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

**Beschluss B-105/2012**

Der Stadtrat beschließt die Satzung der Stadt Chemnitz über die Veränderungssperre zum Bebauungsplan Nr. 12/02 "Wartburgstraße - Technische Universität" entsprechende Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt  
(48 Ja-Stimmen)**

- 7.11 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 10/08 EDEKA-Einkaufsmarkt an der Frankenberger Straße  
Vorlage: B-102/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
- 

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

## **Beschluss B-102/2012**

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 10/08 EDEKA-Einkaufsmarkt an der Frankenger Straße.
2. Auf Grund des § 12 des Baugesetzbuches in Verbindung mit §§ 13a und 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 28. Mai 2004 (SächsGVBl. S. 200), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2009 (SächsGVBl. S. 438), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2003 (SächsGVBl. S. 55, 159), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 2009 (SächsGVBl. S. 323, 325), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 10/08 EDEKA-Einkaufsmarkt an der Frankenger Straße bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), in der Fassung vom 15.02.2012 (Anlage 3 der Beschlussvorlage) als Satzung.
3. Die Begründung in der Fassung vom 15. Februar 2012 (Anlage 4 der Beschlussvorlage) wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(43 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme,  
4 Stimmenthaltungen)**

- 7.12 Erlass der Forderungen von Sondernutzungsgebühren für die Baustellenabsper-  
rung einschließlich der Nebenforderungen gegenüber der Conti Galeri Chemnitz  
GbR  
Vorlage: B-033/2012 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
- 

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie ein Änderungs-  
antrag der Fraktion FDP ausgereicht.

**Herr Stadtrat Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass die Fraktion DIE  
LINKE der Vorlage nicht zustimmen werde. Er hoffe aber, dass weitere Spekulationen  
um das Contiloch verhindert werden.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sagt, dass es Sinn und Zweck der Vorlage sei,  
dass Spekulanten keine Chance erhalten.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** verdeutlicht, dass es mit diesem Beschluss  
genau darum gehe, ob das Grundstück in die Zwangsversteigerung mit ungewissen  
Folgen gehe oder mit Streichung der Forderung die Möglichkeit bestehe, das  
Grundstück an einen seriösen Investor zu verkaufen. Die Argumentation des Herrn  
Dr. Langer sei somit nicht logisch.

**Herr Gregorzyk (Amtsleiter Amt 66)** führt zum Änderungsantrag der Fraktion FDP aus, dass es mit diesem darum gehe, als Stadt vom Verkauf zu profitieren, wenn der Erlös höher ist. Dies gehe jedoch nicht mit der Aufkündigung der 7,5 %. Allerdings könne in die Verhandlungen mitgenommen werden, dass es kein Einverständnis gäbe, den Verkaufserlös bei maximal 75.000 € zu deckeln. Bei einem höheren Verkaufspreis, als den die Bank erwarte, sollte die Stadt profitieren. Dem Änderungsantrag solle nicht zugestimmt werden, das Anliegen werde jedoch aufgenommen.

**Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE)** fragt, warum das Contiloch jetzt überhaupt in Angriff genommen werden müsse.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass das Grundstück seit vielen Jahren mehr der Bank als privaten Eigentümern gehöre. Die Bank interessieren die Interessen der Stadt nicht, sondern es werde eine Zwangsversteigerung erfolgen, wenn die Stadt nicht bereit sei, einen anderen Weg zu eröffnen. Das Stadtplanungsamt habe ein B-Planverfahren eingeleitet, damit der Stadtrat über die weitere Entwicklung mitentscheiden könne.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** bemerkt, dass das Contiloch stadtentwicklungspolitisch kein Aushängeschild für die Stadt sei. Deshalb solle man die Chance nutzen und sich nicht auf eine Zwangsversteigerung einlassen.

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt zum Änderungsantrag der Fraktion FDP an, dass dieser bedeute, dass man sich im Falle eines geringeren Kaufpreises dann auch mit einem geringen Anteil zufrieden geben müsse.

**Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP)** gibt zu Protokoll, dass die Verwaltung beauftragt werde, einen maximalen Erlös aus den Verhandlungen zum Verkauf zu erzielen. Mit diesem Auftrag wird der Änderungsantrag der Fraktion FDP zurückgezogen.

#### **Beschluss B-033/2012**

Der Stadtrat stimmt dem Erlass der Forderungen in Höhe von 1.027.187,12 € einschließlich aller Nebenforderungen in Höhe von 1.296.973,50 € aus den Bescheiden an die Conti Galerie Chemnitz GbR über die Sondernutzungsgebühren für die Baustellenabspernung Conti Galerie zu.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(35 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen,  
4 Stimmenthaltungen)**

---

## 8 Informationsvorlagen

- 8.1 Controlling des Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept der Stadt Chemnitz per 31.12.2011  
Vorlage: I-024/2012 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
- 

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.2 Bericht an den Stadtrat zur Umsetzung und Abschluss von Maßnahmen des Konjunkturprogrammes II  
Vorlage: I-006/2012 Einreicher: Dezernat 1/SE 17
- 

**Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE)** stellt folgende Fragen:

1. Entspricht die Vorlage nach Meinung der Stadtverwaltung den Ansprüchen einer vollumfänglichen Information des Stadtrates über die Baumaßnahmen im Konjunkturpaket II? (Bitte mit Begründung)
2. Bei welchen Baumaßnahmen wurden nachträglich durch den Bauherrn Änderungen vorgenommen, die Auswirkungen auf den Bauablauf hatten? (Bitte mit Aufzählung und Begründung, warum diese nachträglichen Änderungen erfolgten)
3. Bei welchen Baumaßnahmen wurden Einsprüche bei Ausschreibungen geltend gemacht? (Bitte um Aufzählung und Ergebnisdarstellung)
4. Bei welchen Baumaßnahmen wurden Planungsfehler offensichtlich? (Bitte um Aufzählung mit Bewertung der Auswirkungen der Fehler auf Bauablauf und Kostenentwicklung)
5. Wie wurden auftretende Mehrkosten ausgeglichen? (Bitte um baumaßnahmenbezogene zumindest Summendarstellung)
6. Ausgehend von meiner Akteneinsicht bei den Bauvorhaben „Friedrich-Fröbel-Schule“ und „Kita Clausewitzstraße“ folgende Teilfragen zur generellen Ausschreibungspraxis im KII:
  - a) Welche Kriterien lagen außer dem Preis bei der Zuschlagserteilung zugrunde?
  - b) In wie vielen Fällen gab es aufgrund der Auskömmlichkeitsprüfung den Verdacht von Dumping-Angeboten und wie oft wurde dieser Bieter dann ausgeschlossen?
  - c) Welche Ausschreibungen wurden aus welchen Gründen aufgehoben?
  - d) Was waren die Ursachen für Bindefristverlängerungen?
  - e) Bei welchen Baumaßnahmen wurden während der Submission Fehler entdeckt und wie wurde in diesen Fällen verfahren (Bitte mit Begründung)?
7. Bei welchen Baumaßnahmen wurden welche Qualitätsmängel festgestellt?
8. Bei welchen Baumaßnahmen besteht der Verdacht auf unkorrekte Abrechnungen und wie erfolgt gegenwärtig die Beweisführung?
9. Besteht aus gegenwärtiger Sicht die Möglichkeit, dass Fördermittel rückgezahlt werden müssen? Wenn ja, bei welchen Baumaßnahmen und wo liegen die Ursachen?
10. Welche Schlussfolgerungen für die Zukunft sind aus dem Konjunkturpaket II gezogen worden?

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** sichert die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** wünscht eine Aufstellung der Kosten zur Beantwortung dieser Fragen und eine Gegenüberstellung eines finanziellen Ergebnisses und der entstandenen Kosten aus diesen Fragen.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** schlägt vor, dass in einer Beratung mit den Fraktionsvorsitzenden nochmals insgesamt über den Umgang mit Ratsanfragen beraten werden sollte.

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.3 Lokaler Aktionsplan für Demokratie, Toleranz und für ein weltoffenes Chemnitz (LAP) - Fortschreibung 2012  
Vorlage: I-016/2012 Einreicher: Dezernat 3
- 

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 8.4 Vollzug und Abschluss der Vermögensauseinandersetzung Stufe 2 zur Deponie "Weißer Weg" - Sanierung, Rekultivierung und Nachsorge des Altkörpers -  
Vorlage: I-022/2012 Einreicher: Dezernat 3/Amt 36
- 

Die Informationsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

## 9 Beschlussanträge

---

- 9.1 Beitritt der Stadt Chemnitz zur Europäischen Charta der Gleichstellung von Mann und Frau  
Vorlage: BA-003/2011 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- 

**Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** führt aus, dass es zwei Gründe für die Einreichung des Beschlussantrages im Jahr 2011 gab. Zum einen waren es die Ergebnisse eines Gutachtens zur Gleichstellung von Mann und Frau, welche nicht wirklich überraschten. In vielen Handlungsfeldern seien es noch immer die Frauen die trotz formaler Gleichstellung benachteiligt seien. Dabei ließen sich Lebensformen nicht vorschreiben, sichergestellt werden müsse jedoch, dass die notwendigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschaffen werden, um Wahlmöglichkeiten herzustellen. Grundsätzliches Anliegen des Beschlussantrages sei es, die Gleichstellungspolitik in den Focus der Stadtratstätigkeit zu stellen. Die europäische Charta sei ein gutes Instrument um diesem Anliegen ein politisches Willensbekenntnis zu verleihen. Der zweite Grund für den Beschlussantrag sei die Frage, ob der Befund der Sachverständigenkommission auch auf Chemnitz zutrefe. Diese müsse mit ja beantwortet werden, da auch in Chemnitz Handlungsbedarf bestehe, was in der vorgelegten Teilanalyse deutlich gemacht werde. Gleichstellungsthemen spielen in Debatten keine Rolle. In anderen Städten werde Aufgaben und Rechte der Gleichstellungsbeauftragten deutlicher und umfangreicher formuliert. Da sei es nicht verwunderlich, dass der Bericht der Gleichstellungsbeauftragten nicht im Stadtrat diskutiert, sondern lediglich als Informationsvorlage wahrgenommen werde.

Auch die finanzielle und personelle Ausstattung der Gleichstellungsstelle sei dramatisch. Die Gleichstellungsbeauftragte verfüge dabei über ein Budget von 7.000 €/Jahr, eine Reihe von gleichstellungspolitischen Projekten wurde durch Fehlentscheidungen und Unterfinanzierung zerbrochen bzw. gefährdet. Aufgrund offener Fragen wurde der Beschlussantrag vertagt. Ihre Fraktion als Einreicher habe sich intensiv um die Klärung offener Fragen bemüht und so konnten viele Fragen in einer interfraktionellen Arbeitsgruppe geklärt werden. Mit der Zustimmung zum Beschlussantrag könne der Beteiligungsprozess zur Erarbeitung des Aktionsplanes begonnen werden. Frau Zais weist abschließend darauf hin, dass mit dem Beschlussantrag nur entschieden werden solle, dass verbindlicher als bisher die Gleichstellung gehandhabt werden solle. Sie beantragt namentliche Abstimmung.

**Frau Stadträtin Dr. Szymenderski (SPD-Fraktion)** erkennt, dass die Gleichstellung zwischen Mann und Frau zwar formal festgeschrieben, aber in der Realität noch nicht angekommen sei. Das zeige auch die umfangreiche Analyse der Gleichstellungsbeauftragten. Auch die Veranstaltungen zum internationalen Frauentag haben gezeigt, dass es noch viel zu tun gäbe, da Gleichstellungspolitik immer ein Anhängsel der Politik bleibe, wenn sie den Rest des Jahres im Sozialbereich verschwinde. Sie plädiert ausdrücklich für den Beitritt zur Charta, weil damit das kommunale Engagement für die Gleichstellung intensiviert werden könne. Mit dem Beitritt verpflichte sich Chemnitz in den nächsten zwei Jahren einen Aktionsplan zu erstellen. Gleichstellungspolitik sei eine Querschnittspolitik in allen gesellschaftlichen Bereichen. Sie informiert, dass in Leipzig bereits im Februar dieses Jahres einem Antrag zur Unterzeichnung der Charta zugestimmt wurde. In Gang gekommen sei das Engagement sächsischer Städte für einen Beitritt zur Charta durch die Diskussion in Chemnitz.

**Frau Stadträtin Weber (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass die Fraktion DIE LINKE dem Beschlussantrag zustimmen werde und ergänzt die Fakten von Frau Dr. Szymenderski.

**Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion)** äußert, dass die Charta völlig überladen und überzogen sei. Er könne sich nicht vorstellen, dass mit einem Beitritt zur Charta eine Verbesserung der Gleichstellung erfolge. Auch nach Lesen der Teilanalyse, welche eine Zusammenstellung verschiedener Fakten sei, sei er nicht klüger geworden. Er hätte hier die Darlegung konkreter Probleme erwartet. Er plädiert dafür, dem Beschlussantrag nicht zuzustimmen.

**Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** fragt, warum bei dieser Einstellung überhaupt eine Vertagung des Beschlussantrages erfolgte und warum in Dresden und Leipzig ein Beitritt möglich sei.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** meint, dass der Beschlussantrag unnötig sei und diesem nicht zugestimmt werden solle.

#### Abstimmung über den Antrag auf namentliche Abstimmung

**Abstimmungsergebnis:** **mehrheitlich bestätigt**  
**(41 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,**  
**3 Stimmenthaltungen)**



namentliche Abstimmung

Frau Barthold	Enthaltung
Herr Bauer	Nein
Herr Brückom	Nein
Frau Drechsler	Nein
Herr Dr. Füsslein	Ja
Herr Dr. Gericke	Enthaltung
Herr Gintschel	Ja
Herr Haase	Nein
Frau Hochmuth	Ja
Herr Höfler	Enthaltung
Herr Höhnel	Enthaltung
Herr Hopperdietzel	Ja
Herr Horváth	Nein
Herr Kempe	Enthaltung
Frau Kempe	Ja
Frau Knorr	Enthaltung
Frau Köhler	Nein
Herr Kohlmann	Nein
Herr Kraneis	Nein
Herr Dr. Langer	Ja
Herr Lehmann	Ja
Herr Leistner	Enthaltung
Herr Lohse	Ja
Frau Ludwig	Nein
Herr Meyer	Enthaltung
Herr Möstl	Nein
Herr Müller	Nein
Herr Dr. Müller	Enthaltung
Herr Otto	Ja
Frau Patt	Ja
Frau Pester	Ja
Frau Schaper	Ja
Herr Scherzberg	Ja
Frau Schinkitz	Ja
Herr Schmidt	Ja
Herr Schulze	Ja
Herr Dr. Schultz	Enthaltung
Herr Siegel	Ja
Frau Dr. Szymenderski	Ja
Herr Ulbrich	Ja
Herr Walter	Nein
Frau Weber	Ja
Herr Wirth	Nein
Herr Wolf	Ja
Herr Zais	Ja
Frau Zais	Ja

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(23 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen,  
10 Stimmenthaltungen)**

**Beschluss BA-003/2011**

Der Stadtrat von Chemnitz erklärt, dass sich die Stadt Chemnitz formell verpflichtet hat, die Europäische Charta (Anlage 2) für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf lokaler Ebene umzusetzen.

Der Stadtrat bevollmächtigt die Oberbürgermeisterin zur Unterzeichnung des entsprechenden Dokuments und dessen Weiterleitung an den „Rat der Gemeinden und Regionen Europas“ (Anlage1).

Entsprechend der Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten zum BA-003/2011 soll zunächst mit den vorhandenen Ressourcen die Organisation und Koordinierung des Beteiligungsprozesses für die Erstellung des Aktionsplanes erfolgen. Der Stadtrat ist mindestens jährlich zu informieren und entsprechend seiner Zuständigkeit in Bezug auf die Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen, Aktionen etc. zu beteiligen.

9.2      Transparenz der Lebensmittelhygienekontrollen  
Vorlage: BA-007/2012      Einreicher: Fraktion DIE LINKE

---

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung und eine Änderung des Einreichers ausgereicht.

**Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE)** führt aus, dass es sich um ein wichtiges Thema handle, da mit der Lebensmittelhygiene die Gesundheit der Menschen berührt werde. Deshalb solle auch der Gesundheitskontrolle für die Öffentlichkeit nachvollziehbar Aufmerksamkeit geschenkt werden. Mit dem Beschlussantrag sei nicht gewollt eine Negativdiskussion einzuleiten. Auch ziele der Antrag nicht darauf ab, eine Negativliste zu erstellen, aus diesem Grund wurde eine Änderung ausgereicht. Seine Fraktion wisse, dass Lebensmittelhygiene Bundes- und Landesangelegenheit sei, allerdings sei nicht bekannt, wann entsprechende Gesetze verabschiedet werden. Die Kommune hat die Kontrolle über die Einhaltung von Vorschriften zu erbringen. Mit dem Beschlussantrag solle erreicht werden, dass sich die Unternehmen freiwillig einer Veröffentlichung der Ergebnisse von Kontrollen stellen und dass konkrete Formalitäten zwischen den einzelnen Betrieben und dem Lebensmittelüberwachungsamt vereinbart werden. Transparenz in der Lebensmittelhygiene könne durchaus auch positive Wirkungen für die Betriebe aber auch für die Verbraucher haben.

**Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion)** fragt was aufgrund des Beschlussantrages anders gehandhabt werden solle als bisher, wenn Schreiben mit den Ergebnissen der Kontrollen freiwillig ausgegangen werden können.

**Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass es nicht darum gehe, Schreiben auszuhängen. Vielmehr sollten Urkunden, Plaketten o. ä. ausgehängt werden.

**Herr Stadtrat Meyer (Fraktion FDP)** erkennt den Grund nicht, warum vor der Herausgabe von Kriterien durch Land und Bund dieses System eingeführt werden

solle. Er macht hierzu Ausführungen aus der Praxis.

**Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion)** fragt wie häufig in entsprechenden Unternehmen im Stadtgebiet Kontrollen erfolgen.

**Herr Bürgermeister Runkel** erklärt, dass aufgrund des EKKo die Kontrolldichte von 80 % auf 60 % gesenkt wurde. Im Wesentlichen werden Anlasskontrollen durchgeführt, so dass man davon ausgehen müsse, dass gewisse Zeiträume zwischen den Kontrollen liegen. Auch werde es bei Bestätigung des Antrages einen Mehraufwand dahingehend geben, dass mehr Nachkontrollen zur Erreichung eines positiven Zertifikats erforderlich werden.

#### **Beschluss BA-007/2012**

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Voraussetzungen zu schaffen, damit unmittelbar nach Beschlussfassung im Deutschen Bundestag und im Sächsischen Landtag mit der Veröffentlichung der Ergebnisse der Lebensmittelhygienekontrollen in Chemnitz auf der Internetplattform der Stadtverwaltung begonnen werden kann.
2. Bis zur Schaffung der gesetzlichen Grundlagen wird die Verwaltung beauftragt, in Absprache mit der Handwerkskammer, der IHK und den Innungen auf freiwilliger Basis die Ergebnisse der Lebensmittelhygienekontrollen in geeigneter Form der Bevölkerung zugänglich zu machen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt  
(11 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen,  
7 Stimmenthaltungen)**

- 9.3 Live-Stream-Übertragung der Stadtratssitzungen  
Vorlage: BA-008/2012 Einreicher: Fraktion DIE LINKE, SPD-Fraktion,  
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,  
Fraktion FDP
- 

**Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE)** erklärt, dass die vorhandenen Kommunikationsmittel effektiv genutzt werden sollten, um eine bewusste Teilhabe der interessierten Bürger zu schaffen. Vorteile von Live-Stream-Übertragungen seien die unverzügliche, unverfälschte und unkommentierte Wiedergabe von Sitzungen.

**Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion)** sagt, dass ihm die veranschlagten Kosten in Höhe von 10.000 € gering erscheinen und er möchte wissen, welche einzelnen Positionen dies beinhalte und ob es darum gehe, dass die Stadtverwaltung den Service selbst übernehme oder an externe Firmen auslagern wolle.

**Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 15)** informiert, dass diese Kosten aufgrund von Städtevergleichen angenommen werden. Näheres werde sich aus der Ausschreibung bzw. Vergabe ergeben. Sie sagt, dass nicht geplant sei, die Übertragung durch die Verwaltung zu realisieren, da sie sowohl technisch als auch personell dazu nicht in der Lage sei.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** fragt, warum die Stadt überhaupt davon ausgehe, dass die Übertragung Kosten verursache, da z. B. in Annaberg eine kostenlose Übertragung erfolge.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** erklärt, dass die konkrete Ausschreibung nach Beschlussfassung erfolgen werde und in größeren Städten die Übertragung Kosten verursache.

**Beschluss BA-008/2012**

Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, dem Stadtrat zu seiner Sitzung am 18.07.2012 eine Beschlussvorlage vorzulegen, mit der die rechtlichen, technischen und finanziellen Voraussetzungen für die Umsetzung der von den Einreichern gewünschten Live-Stream-Übertragung der Stadtratssitzungen spätestens ab März 2013 geschaffen werden.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt  
(35 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,  
4 Stimmenthaltungen)**

---

10      Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Frau Stadträtin Schaper (Fraktion DIE LINKE), Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) und Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) geben schriftliche Anfragen ab.

**Herr Stadtrat Kohlmann (Fraktion PRO CHEMNITZ)** fragt, inwiefern der Lokale Aktionsplan gedenkt in Zukunft die polizeiliche Kriminalstatistik zu berücksichtigen, die für das Jahr 2011 ausweist, dass die Gewaltdelikte von Links mehr als doppelt so hoch sind als von Rechts.

Weiter möchte er wissen, welche Maßnahmen die Stadtverwaltung einleiten werde, dass die Falschbehauptung über die Burschenschaft in Chemnitz nicht mehr in gedruckten Broschüren verteilt wird.

**Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** weist darauf hin, dass zu Tagesordnungspunkten aus der Sitzung keine Fragen gestellt werden dürfen. Aus diesem Grund wurden die Fragen zu Protokoll genommen, müssen aber ggf. zu einem späteren Zeitpunkt nochmals gestellt werden.

- 11 Bestimmung von zwei Stadratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
- 

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Frau Stadträtin Weber (Fraktion DIE LINKE)** und **Herr Stadtrat Höhnel (CDU-Ratsfraktion)** bestätigt.

04.05.2012 *Barbara Ludwig*  
Datum Barbara Ludwig  
Vorsitzende  
des Stadtrates

07.05.2012 *Y. Weber*  
Datum Weber  
Mitglied  
des Stadtrates

14.05.2012 *Höhnel*  
Datum Höhnel  
Mitglied  
des Stadtrates

03.05.2012 *Seidel*  
Datum Seidel  
Schriftführerin